



dbb
beamtenbund
und tarifunion

Lehrkräftemangel: Quereinstieg darf Ausbildungsniveau nicht gefährden

02. Juni 2022 Bildung

Der dbb plädiert nachdrücklich für die Qualität der Lehrkräftebildung und verbindliche Standards beim Quer- und Seiteneinstieg an Schulen.

„Seit Jahren verweist der dbb auf den grassierenden Fachkräftemangel im Schulbereich und fordert umfangreiche Gegenmaßnahmen. Doch die Politik hat sich zu lange der Realität verschlossen. Nach einem späten Einlenken herrscht allgemeine Ratlosigkeit, die mancherorts in äußerst fragwürdige Kreativität umschlägt“, kritisiert der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach anlässlich einer Dialogveranstaltung der Kultusministerkonferenz zum Quer- und Seiteneinstieg in der Lehrkräftebildung am 2. Juni 2022 in Berlin.

„Uns ist bewusst, dass der aktuelle Lehrkräftebedarf nicht ohne Quereinsteigende gedeckt werden kann. Doch das Lehramtsstudium mit einem anschließenden Vorbereitungsdienst von angemessener Dauer haben wir aus gutem Grund: um die Qualität der Bildung in unserem Land sicherzustellen. Daher gilt es, den Quer- und Seiteneinstieg jederzeit mit umfangreichen Qualifizierungsmaßnahmen zu begleiten, die stets in eine vollständige Lehrbefähigung münden müssen“, so Silberbach.

„Wenn nun jedoch wie in Brandenburg aus der Verzweiflung heraus die Verbeamtung von Seiteneinsteigenden mit Bachelorabschluss und einer anschließenden ‚Zertifikatsqualifikation‘ gefordert wird und dadurch nicht nur Lehrkräfte zweiter Klasse geschaffen werden, sondern auch die herkömmliche Lehrkräfteausbildung ganz grundsätzlich in Frage gestellt wird, dann müssen wir entschieden dagegen angehen“, fordert Silberbach. Ein solcher Ansatz sei aus vielerlei Hinsicht fragwürdig und motiviere auch Lehramtsstudierende, bereits mit Bachelorabschluss und noch ohne pädagogische Ausbildung in den Schuldienst einzutreten. Mit Blick auf das kürzlich veröffentlichte Eckpunktepapier der brandenburgischen Landesregierung betont Silberbach: „Der dbb steht sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene stets als Ansprechpartner für konstruktive

Lösungen bereit. Im Umkehrschluss erwarten wir, dass dieses Gesprächsangebot auch angenommen wird.“

Die Politik müsse sich eingestehen, dass dem Lehrkräftemangel langfristig nur mit einer nachhaltigen und realistischen Personalpolitik, einer Unterrichtsabdeckung von weitaus mehr als 100 Prozent und attraktiven Arbeitsbedingungen entgegengewirkt werden könne. Diese Maßnahmen ließen sich nur im Schulterschluss bewältigen.